



Von Attentaten und Attentisten

Politik und Demokratie in Zeiten der „Globalisierung“

Stefan Lessenich

Wurde nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus leichthin das „Ende der Geschichte“ verkündet, so hat die berühmt-berüchtigte Globalisierung wirtschaftlicher Beziehungen offenbar das „Ende der Politik“ eingeläutet. Jedenfalls Politik im Sinne der über den demokratischen Staat vermittelten Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst scheint bestenfalls überflüssig, im Zweifel sogar widersinnig und kontraproduktiv zu sein, wenn ein naturgewaltengleich von außen kommender ökonomischer Zwang die politischen Akteure ohnehin auf ebenso allgemeinverbindliche wie unausweichliche Zielvorgaben festlegt. Was also kann und soll demokratische Politik noch im Zeitalter der Globalisierung?

Gälte es, das sozialwissenschaftliche und zugleich politische Lösungswort der neunziger Jahre zu küren, so dürfte der Sieger eines solchen imaginären Wettbewerbs bereits feststehen. Seit Jahren nun

ist das Schlagwort von der „Globalisierung“ in aller Munde und hat sich als allgemeinverständliches und faktisch unhinterfragtes Deutungsmuster der politisch-ökonomischen Situation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts weithin durchgesetzt. „Globalisierung“ ist mittlerweile eine Standardvokabel im sozialwissenschaftlichen Diskurs geworden; kaum eine Publikation, die sich den einleitenden, pflichtschuldigen Verweis auf das ominöse „G-word“ und die mit ihm bezeichnete (vermeintliche) soziale Realität verkneifen könnte. Zur selben Zeit und im gleichen Maße ist besagter Begriff auch zum Universalargument in der politischen Debatte aufgestiegen: Will man heute in der politischen Arena Diskussionen zum Verstummten bringen oder alternativen Politikansätzen die Realitätstüchtigkeit absprechen, so genügt ein herablassender Verweis auf globale Herausforderungen, globalisierte Märkte oder die be-

rüchtigten „global players“, um praktisch jede Regung politischer Kritik wirkungsvoll zu unterdrücken.

Globalisierung oder: Gib Politik keine Chance

„There is no alternative“ – dieser zum geflügelten Wort gewordene Ausspruch der frühen Margaret Thatcher charakterisiert zutreffend den herrschenden post-sozialistisch-neoliberalen Konsens. Die Argumentationskette ist ebenso einfach wie eingängig: Die auf radikale, irreversible Weise veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen lassen zusehends die staatlichen Handlungsspielräume schwinden. Dem Spannungsverhältnis von entgrenzter, globaler Ökonomie und territorialer, nationaler Politik entspringen drei weitreichende Entmachtungsprozesse: Der Bedeutungsverlust des Nationalstaates durch die Übertragung von Kompetenzen auf supranationale Institutionen z. B. die Europäische Uni-

on und transnationale Regime wie der Welthandelsorganisation (WTO); die Aushöhlung des Steuerstaates durch den Steuerausfall infolge wachsender struktureller Arbeitslosigkeit und der zunehmend erfolgreichen Steuervermeidungsstrategien insbesondere der Großunternehmen; schließlich die Erosion des Sozialstaates durch höhere Beanspruchung und niedrigere Einnahmen, was den tendenziellen Umbau des Sozialleistungssystems zugunsten der sogenannten „wirklich Bedürftigen“ zur Folge hat. Die politischen Gestaltungschancen staatlicher Akteure sinken also beträchtlich: Die Ziele ihrer Intervention sind vorab und von außen – durch ökonomische „Daten“ und „Zwänge“ – vorgegeben, und die Alternative besteht allenfalls noch darin, bei der Erfüllung dieser Zielvorgaben unterschiedliche Wege zu beschreiten; politischer „Pluralismus“ bedeutet dann, daß es nicht nur einen, den neoliberalen, sondern für diejenige Klientel, die auf eine Prise Solidaritäts- und Gerechtigkeitsrhetorik nicht verzichten mag, eben auch den neosozialdemokratischen Weg – den zuletzt von den Ideologen der europäischen Sozialdemokratie vielbeschworenen „third way“¹ – zum Neoliberalismus gibt.

Nationalstaatliche Politik, so lautet demzufolge das allgemein geteilte politisch-sozialwissenschaftliche Verdikt, kann heute nicht mehr so, wie sie gerne wollte. So weit, so schlecht. Doch stellen sich an diesem Punkt drei Fragen, an denen die folgenden Ausführungen ansetzen: Wie konnte das passieren? Stimmt das überhaupt? Und schließlich: Was folgt aus den Antworten auf diese beiden Fragen für die Zukunft demokratischer Politik – was läßt sich der „Globalisierung“ politisch und gesellschaftlich entgegensetzen?

Globalisierung – Hausmacher Art

Die Antwort auf die erste Frage lautet kurz gesagt und paradoxerweise: Weil es der Staat so wollte. Dies ist eines der peinlichen Geheimnisse der jüngeren Geschichte von Politik und Ökonomie bzw. all jener Apologeten der Globalisierung, denen der Verweis auf die ökonomischen „Naturgewalten“ als willkommene Rechtfertigungsstrategie ihres politischen Tuns – und zumal auch ihres politischen Unterlassens – dient; jener Politikdienstverweigerer, die den Attentaten des Marktes auf gesellschaftliche Integration und per-

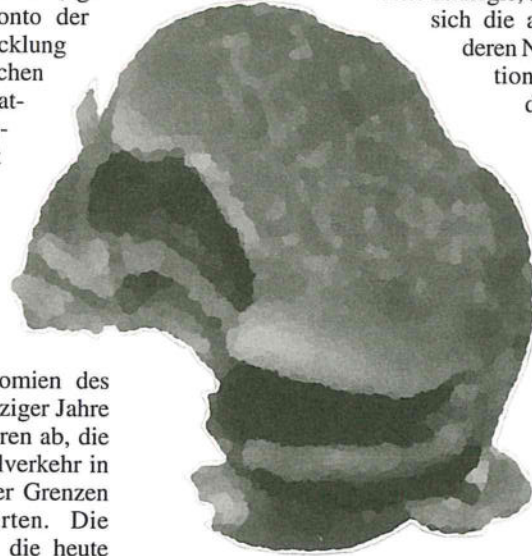


sönliche Integrität mit politischem Attentismus, dem Verzicht auf gesellschaftliche Gegenwehr, begegnen. Keine Frage: Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtungen, die heute (und dies, wie zu zeigen sein wird, jedenfalls teilweise nicht zu Unrecht) als Globalisierung bezeichnet werden, gehen zum einen auf das Konto der rasant fortschreitenden Entwicklung insbesondere in den Bereichen der Transport-, Kommunikations- und Informationstechnologien; sie ließen die Welt zum vielzitierten „global village“ zusammenschrumpfen. Dies ist aber nur die eine Seite der Medaille. Zum anderen nämlich trug die Politik, trugen die politischen Eliten der fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien des Westens, seit Anfang der siebziger Jahre systematisch viele der Barrieren ab, die bis dahin Handel und Kapitalverkehr in das Korsett nationalstaatlicher Grenzen und Regulierungen schnürten. Die globalisierten Finanzmärkte, die heute für soviel publizistisches Aufsehen und für allfällige ökonomische und soziale Krisen in den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsökonomien sorgen, sind nicht naturwüchsig entstanden, sondern vielmehr Produkt der politischen Entscheidungen nationaler Regierungen zur Liberalisierung von Kapitalkontrollen und zur Deregulierung des Finanzverkehrs.

Diese Entscheidungen trafen die relevanten politischen Akteure nun keineswegs – wie es die allzu einfach gestrickte Gegenlegende will – als bloße Büttel und Erfüllungsgehilfen des Finanzkapitals und seiner finsternen Agenten. Hier waren vielmehr selbstinteressierte, oder genauer: an ihrer politischen Verantwortungsentlastung (die Politikwissenschaft spricht diesbezüglich von der Strategie der Schuldabweisung oder „blame avoidance“) Interessierte und, in ihrer Funktion als politische Elite eines kapitalistischen Staates, auf die Akkumulationsfähigkeit „ihrer“ Ökonomie bzw. auf die fortgesetzte Produktivität und Profitabilität „ihrer“ nationalen Unternehmen angewiesene Politprofis am Werk. Der dominanten, zuerst von der britischen und US-amerikanischen Regierung und Administration internalisierten, angebotspolitischen Wirtschafts-ideologie gemäß sollte mit

der Liberalisierung der Handelsbeziehungen und der Deregulierung der Finanzmärkte das erlahmende Wirtschaftswachstum in den westlichen Industriestaaten angekurbelt und auf diese Weise mehr Wohlstand geschaffen werden –

eine wirtschaftspolitische Strategie, der sich die anderen Nationen der



OECD-Welt schlechterdings nicht entziehen konnten, sondern nolens volens anschließen mußten (was sie zumeist „volens“ taten). Die Rechnung ging auch auf, Ende der achtziger Jahre setzte weltweit ein neuer Wachstumsschub ein – freilich nicht nur um den Preis zunehmender sozialer Ungleichheiten in den einzelnen Ländern, sondern auch eines immer weiteren Auseinanderdriftens der Handlungsräume von Politik und Wirtschaft. Gewirtschaftet wird heute in vielen Bereichen global, die Politik dagegen bleibt – jedenfalls im Regelfall – territorial gebunden.

Sozialwissenschaften und die soziale Konstruktion von Globalität

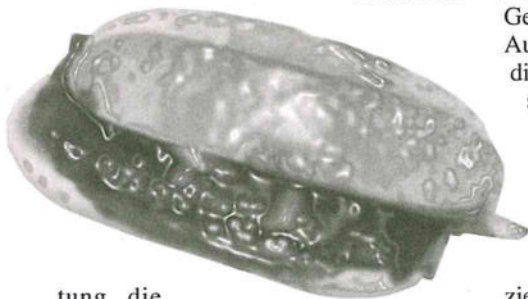
Bedeutet dies nun eine Bedrohung des Staates schlechthin und das Ende jeglichen gesellschaftsgestaltenden Potentials politischer Intervention? Die öffentliche politische Debatte, aber auch der sozialwissenschaftliche Fachdiskurs vermittelt häufig eben diesen Eindruck. Mehr noch: In der Tat kann die Prominenz des Globalisierungs-Arguments in der politischen und auch der Alltagsemantik als gesellschaftlicher Erfolg der Sozialwissenschaften gelten. Solche Prozesse eines erfolgreichen Eindringens sozialwissenschaftlicher Begriffe und der dazugehörigen Deutungsmuster in die gesellschaftliche Wirklichkeit sind gewiß nicht allzu häufig zu vermelden;

Anmerkung:

¹ Für Großbritannien vgl. Giddens 1998; für Deutschland Hombach 1998.

betrachtet man die einschlägigen Phänomene der vergangenen beiden Jahrzehnte, so weiß man allerdings nicht, ob man dies bedauern oder aber nicht doch eher begrüßen sollte. Zum Ende der achtziger Jahre wußte dank eines umtriebigen und sprachgewandten Soziologieprofessors aus Bamberg² sowie einer resonanzwilligen, zeitdiagnosewütigen Journaille beinahe jedes Kind, daß es im Zeitalter der „Individualisierung“ geboren, ergo ein „Kind der Freiheit“ sei. Ein Jahrzehnt später ist die „Globalisierung“ den Deutschen, neben der „Individualisierung“, zur zweiten Natur geworden – die vorläufig letzte Ausgeburt des Feuilletons aus dem Geiste der Sozialwissenschaften (und es kann im übrigen nicht überraschen, daß besagter Professor, nunmehr in der Weltstadt München residierend, sich auch dieses Themas angenommen und sich zwar spät, dafür aber um so publizitätsträchtiger an die Spitze der „Globalisierungs“-Bewegten gesetzt hat³).

Die Entgrenzungs- wie auch die komplementäre Entmachtungs-These klingen auf Anhieb durchaus einleuchtend – aber stimmen sie auch? Einige Skepsis ist wohl angebracht, denn als Faustregel kann gelten: Je plakativer eine zeitdiagnostische These, desto größer ihr öffentlicher und medialer Nachhall, desto zweifelhafter aber auch ihr empirischer Gehalt und ihr analytischer Wert. Auf gut soziologisch gesagt: „Ihre Sinn-evidenz übersteigt häufig ihren Wahrheitsgehalt, was ihrer Diskursprominenz keinen Abbruch tun muß“.⁴ Und nicht nur ihrer Diskursprominenz: Ist eine Deutung der Realität – etwa im Sinne der Entgrenzung der Ökonomie und der daraus resultierenden Entmachtung der Politik – erst einmal lange genug prominent, allgemein akzeptiert, so kann sich diese Deu-



tung die Realität gefügig machen, und zwar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Die Soziologie führt dieses Phänomen einer der sozialen Wirklichkeit enthobenen, eigendynamischen Situationsdefinition in ihrem Instrumentenkasten als das sogenannte „Thomas-Theorem“: „If men define ... situations as real, they are real in their consequences“⁵. Auf die Globalisierungsdebatte übertragen würde dies bedeuten, daß allein der anhaltende Entmachtungsdiskurs tatsächlich entmachtend wirken

kann, wenn sich das Deutungsmuster einer machtlosen Politik erst einmal in den Köpfen aller Beteiligten – der politisch Handelnden wie auch ihres Publikums – festgesetzt hat.

Globalisierung, Politik und Demokratie: Erinnerungsarbeit

Sowohl zur Klärung als auch zur Entdramatisierung des hier in Frage stehenden Sachverhaltes könnte beitragen, wenn die verschiedenen Phänomene, die für gewöhnlich unter die globale „Globalisierungs“-Diagnose subsumiert werden, auseinandergehalten würden, so daß in differenzierter Weise deren – jeweils anders gearteter – Bezug zur Problematik staatlicher Handlungs- und politischer Gestaltungsfähigkeit diskutiert werden könnte. Im gängigen „Globalisierungs“-Diskurs nämlich werden – zumeist unerklärtermaßen – mindestens drei Prozesse gleichzeitig verhandelt:⁶ Globalisierung im engeren oder eigentlichen Sinne meint die weltweite Vernetzung von Informations- und Verkehrsmitteln – und die Begriffsverwendung hätte sinnvollerweise auch der Kennzeichnung dieses Phänomens vorbehalten bleiben sollen. Folge dieser Entwicklung ist der Bedeutungsverlust räumlicher Distanzen und zeitlicher Differenzen: Die Welt wird kleiner, das gesellschaftliche Leben in allen ihren Regionen synchronisiert. In Abgrenzung zu diesem Prozeß ist unter Internationalisierung die Zunahme des Anteils grenzüberschreitender, zwischenstaatlicher Transaktionen an der Gesamtheit sozialer und ökonomischer Austauschbeziehungen zu verstehen. Indikatoren für dieses Phänomen lassen sich im Bereich des Warenhandels ebenso feststellen wie hinsichtlich der Mobilität von Personen oder des Transfers von Informationen. Schließlich kann die wachsende Einbindung staatlicher (aber auch privater) Akteure in neuartige Beziehungsnetzwerke, welche die nationalstaatliche Rechtsordnung überspannen, als Tendenz zur Transnationalisierung verstanden werden. Die Existenz multilateraler Vertrags- und Bündnisssysteme auf politischer, militärischer und ökonomischer Ebene bzw. deren fortschreitende Ausdehnung führt zu einer transnationalen Vernetzung staatlicher Einheiten mit entsprechenden Souveränitätseinbußen derselben. Zugleich ist schubartig eine neuartige, politisch unterdeterminierte Superstruktur transnationaler Unternehmungen entstanden, für



die staatliche Grenzen und Identitäten normativ und funktional belanglos sind, und auf die sich die Diagnose einer insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik eingeschränkten Autonomie des Nationalstaates im Kern bezieht.

Versteht man den modernen, territorial verfaßten Staat als ein durch die Zentralisierung und Monopolisierung der legitimen Gewalt, eine einheitliche, autoritativ durchsetzbare Rechtsordnung, den Anspruch auf Souveränität nach innen und außen sowie durch eindeutige Grenzen und bürgerschaftliche Zugehörigkeitsnormen definiertes Gemeinwesen,

so ist leicht ersichtlich, in welch vielfältiger Weise Staatlichkeit

heute in Frage gestellt wird:

Durch internationale Wirtschaftsabkommen und

Verteidigungsbündnisse,

durch supranationale Organisationen

und transnationale

Konzerne,

durch subnationale

(zum Teil

ethnisch definierte) Konflikte

und

grenzüberschreitende

Migrations-

bewegungen. Aber der

moderne Staat ist – daran sollte vielleicht des öfteren erinnert werden – noch

mehr als all das: Er konstituiert sich

seinem Selbstverständnis nach als

demokratischer Staat, d. h. als eine an die

politische Willensbildung seiner Bürgerinnen

und Bürger rückgebundene und durch diese

Rückbindung erst legitimierte Instanz

der Herstellung und Durchsetzung

politischer Entscheidungen. Der Staat

ist somit einerseits eine der Gesellschaft

äußerliche Instanz (weswegen es in der

Geschichte der Demokratie immer auch um

die Abwehrrechte gegen diese Instanz

ging), andererseits und zugleich aber auch

ein Instrument der Einwirkung der

Gesellschaft auf sich selbst, der

gesellschaftlichen Selbststeuerung also.

Insofern aber ist der Staat nicht bloß

Adressat sogenannter „negativer“

Freiheitsrechte, sondern seinem Wesen

nach auch Arena der Gestaltung und

Garantie positiver Partizipationsrechte –

Rechte der Teilnahme an Politik und der

Teilhabe an ihren Ergebnissen.

Die Einbettung des Globalen und der Standort demokratischer Politik

Es ist keineswegs unmittelbar ersichtlich, warum die „Globalisierung“ – beziehungsweise, unter Rückgriff auf die oben eingeführte Differenzierung: Die zunehmende Bedeutung transnationaler Strukturen, Institutionen und Akteure – nationale Politik und deren demokrati-

sche Beeinflussung bedeutungs- und wirkungs-, ja sinnlos werden lassen sollte. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Eben diese Prozesse stellen eine genuin politische Herausforderung dar, eine unmißverständliche Aufforderung zur aktiven gesellschaftlichen Steuerung bzw. Gegensteuerung. Man muß ja nicht in Kategorien des „Terrors der Ökonomie“ oder einer „Neuerfindung des Politischen“ denken und argumentieren, um von der fortdauernden Notwendigkeit und Möglichkeit gestaltender Politik und demokratischer Einflußnahme auf selbige überzeugt zu sein. Nur wer keine Rede sein. Wie bereits erwähnt, beruht der gegenwärtige Transnationalisierungsschub nicht zuletzt auch auf einer Reihe von bewußten, willentlichen Entscheidungen politischer Eliten in den westlichen Industriestaaten – und wenn gleich einige dieser Entscheidungen (etwa zur Freigabe von Wechselkursen, zur Beschränkung von Kapitalverkehrscontrollen oder zur Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung) teilweise tatsächlich irreversible Konsequenzen nach sich gezogen haben, so sind in Zukunft gleichwohl, den entsprechenden politischen Willen und eine internationale politische Koordination vorausgesetzt, auch gegenläufige Entscheidungen denkbar, die den liberalisierten Märkten institutionelle Regeln setzen. Die berühmte „Tobin tax“ zur Besteuerung von Kapitaltransaktionen ist nur ein Beispiel für das mögliche politische Instrumentarium einer solchen Gegenbewegung. Daß die deutsche Presse und Finanzwelt die ersten Gehversuche eines Oskar Lafontaine als Minister nicht etwa souverän ignoriert oder belächelt haben, sondern umgekehrt in heftigster, polemischster Weise attackieren mußten (und dessen Rücktritt entsprechend ostentativ und euphorisch feierten): All dies entspricht kaum der gängigen Diagnose einer autonomisierten, politischen Steuerungsversuchen enthobenen Ökonomie, sondern spricht letztlich für die grundsätzlich bestehenden Möglichkeiten einer nationalen Umverteilungspolitik und einer internationalen Re-Regulierung des Marktgeschehens (so die Politik dies tatsächlich und auf breiterer personeller Basis auch wollte).

Vor allem aber übersieht die modische Unausweichlichkeitsrhetorik das, was man als die nationale Einbettung des Globalen bezeichnen könnte.⁸ Die öko-

nomischen „Globalisierungs“-Prozesse sind nicht völlig losgelöst von territorialen Bindungen und Bedingungen; sie vollziehen sich nicht ausschließlich auf einer oberhalb der Nationalstaaten liegenden Ebene, gewissermaßen in ihrem Luftraum. Ein großer Teil der globalen Ökonomie nimmt vielmehr erst auf nationalem Territorium, innerhalb nationaler „institutional settings“, Gestalt an. Die strategischen Räume, die institutionellen Bedingungen, die konkreten Rechtsformen, in denen sich globale Prozesse vollziehen, sind in vielen Fällen nationale Räume, Bedingungen und Formen. Globale Dynamiken sind in territorial gebundene Strukturen eingelassen; vieles von dem, was wir als „global“ begreifen, bedarf zu seiner Realisierung des Nationalstaates, seiner administrativen Kapazitäten, institutionellen Ressourcen und legitimatorischen Potentiale. Berücksichtigt man diese politische Ökonomie der „Globalisierung“, so kommt staatlichen Interventionen keine verminderte, sondern eher noch gesteigerte Bedeutung zu.

Auch und gerade unter veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen bleiben dem territorialen, nationalen Staat eine Vielzahl von Anlässen und Chancen politischer Intervention – und damit bleiben auch die klassischen Ansatzpunkte und Ziele einer demokratischen Gestaltung politischer Prozesse erhalten. Was not tut, ist allerdings eine Abkehr von der verbreiteten Tendenz fortgesetzter, freiwilliger politischer Selbstentmachtung, ein Ende des politischen Attentismus angesichts angeblich verlorengegangener Handlungschancen und -spielräume. Gefragt ist stattdessen politischer Aktivismus – nicht nur, aber

gerade auch in seiner häufig kritisierten oder banalisierten Form traditioneller, parlamentarischer Politik: Hier wird – so oder so – die nationale Einbettung der transnationalen Ökonomie gestaltet. Allen bislang in der Wirtschafts- und Sozialpolitik enttäuschenden (und in anderen Bereichen, zumal der Außen- und „Verteidigungs“politik, nachgerade erschütternden) Erfahrungen mit einer rot-grünen Regierungskoalition zum Trotz – die gute alte „Eiserne Lady“ hatte letztlich doch Recht: „There is no alternative“ – zur klassischen, repräsentativ-demokratischen Einflußnahme auf die politische Gestaltung dieser Gesellschaft und ihrer Umwelt.

Stefan Lessenich ist Mochtegergssoziologe und arbeitet, lebt und leidet in bzw. an Göttingen.

Anmerkungen:

- 2 Vgl. Beck 1986.
- 3 Vgl. Beck 1997.
- 4 Müller, *Berl. J. Soziol.* 1998, 302.
- 5 Thomas 1966, 301.
- 6 Vgl. hierzu Kaufmann, *APuZ* 1998.
- 7 Vgl. Klein, *Berl. J. Soziol.* 1998.
- 8 Vgl. hierzu Sassen, *Berl. J. Soziol.* 1998.

Literatur:

- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, 1986.
- Beck, Ulrich, Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, 1997.
- Giddens, Anthony, *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, 1998 (dt.: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der Sozialdemokratie*, 1999).
- Hombach, Bodo, *Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte*, 1998.
- Kaufmann, Franz-Xaver, *Globalisierung und Gesellschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 18/98*, 3-10.
- Klein, Dieter, *Ökonomische Globalisierung – Assoziationen zu 150 Jahren Unausweichlichkeit*, *Berliner Journal für Soziologie (Berl. J. Soziol.)* 8 (3) 1998, 333-343.
- Müller, Hans-Peter, Editorial, *Berl. J. Soziol.* 8 (3) 1998 (Themenheft „Fin de siècle und seine Zeitdiagnosen – 150 Jahre ‚Kommunistisches Manifest‘“), 301-304.
- Sassen, Saskia, *Zur Einbettung des Globalisierungsprozesses: Der Nationalstaat vor neuen Aufgaben*, *Berl. J. Soziol.* 8 (3) 1998, 345-357.
- Thomas, William I., *On Social Organization and Social Personality*, 1966.

FoR

